

An die

Bundestagsabgeordneten der SPD-Landesgruppe Berlin

Eva Högl, Petra Merkel, Mechthild Rawert, Swen Schulz, Wolfgang Thierse

Zur Information an:

Michael Müller, Landesvorsitzender der SPD- Berlin

Christian Gäbler, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

Lieber Genossinnen und Genossen,

wir wenden uns in der dringenden Angelegenheit „Berliner S-Bahn“ an Euch.

Noch immer ist kein Ende des Chaos bei der S-Bahn abzusehen.

Die Berliner S-Bahn war und ist wesentlicher Bestandteil eines integrierten Systems des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), das weltweit als eines der vorbildlichsten gilt.

S- und U-Bahn zusammen sind „das Skelett Berlins“, hat Ernst Reuter einst gesagt.

Die Berliner S-Bahn muss wieder in den Stand gesetzt werden, im Dienst der Bürger ihre Aufgabe sicher und verlässlich zu erfüllen und den Beschäftigten ordentliche Arbeitsbedingungen zu bieten.

Dafür hat die Bundesregierung die Verantwortung. Deshalb muss für und als SozialdemokratInnen zuallererst unser Adressat die Regierung Merkel sein und nicht ein Vorstand dessen Auftrag es offensichtlich ist, die Bahn wie einen Konzern zu führen, der früher oder später an die Börse gebracht werden soll.

In einer öffentlichen Erklärung der Berliner SPD **„Bürgerbahn statt Börsenwahn!“** heißt es unserer Meinung vollkommen zu Recht:

„Es muss endlich Schluss sein mit dem Fahren auf Verschleiß. Die Berliner S-Bahn wurde jahrelang finanziell ausgequetscht, Investitionen sind der Gewinnabführung zum Opfer gefallen. Die Bundesregierung als hundertprozentiger Eigentümer der Deutschen Bahn ist dabei in der Pflicht. Statt die Deutsche Bahn mit 500 Mio. Euro Gewinnentnahme weiter kaputt zu sparen, muss das Geld in Investitionen fließen. Deutsche Bahn und S-Bahn brauchen keinen Druck privatwirtschaftlicher Interessen, sondern müssen wieder dem Gemeinwohl dienen!“

Vertrauensleute, Beschäftigte bei der S-Bahn und der Betriebsrat der S-Bahn haben sich in einem Offenen Brief an den Verkehrsausschuss des Bundestages gewandt und erklärt, dass „ein Sofortprogramm für die Berliner S-Bahn nötig und möglich ist!“

Sie wenden sich gegen die Behauptung – vor allem von Seiten des Bahnkonzerns und aus der Bundesregierung –, dass eine sofortige Wiederherstellung der S-Bahn nicht möglich sei:

„Sicher ist richtig, dass die jahrelange Umstrukturierung und die systematische Plünderung der S-Bahn uns alle vor eine sehr große Aufgabe stellt. Wir können Ihnen versichern, dass sofortige Maßnahmen möglich sind, die einen planmäßigen Verkehr wiederherstellen.“ Vorschläge für ein solches Sofortprogramm sind u.a.:

Neue und dauerhafte Einstellung von zusätzlichem Personal in allen Bereichen (keine Leih- und Zeitarbeit); personelle und technische Neuausstattung der Werkstätten; Wiedereinführung der planbaren vorausschauenden Instandhaltung. Dadurch kommen fast ausschließlich 100% einsatzfähige Fahrzeuge in den Verkehr; Wiedereinführung der Motoren und Komponentenaufarbeitung. Keine Fremdvergabe! (...)

Es folgen weitere Vorschläge zur mittelfristigen Planung zur dauerhaften Sicherung des S-Bahn-Betriebs, sowie zur langfristigen Planung zur Sicherung der Öffentlichen Daseinsvorsorge. (Wir schicken Euch den Offenen Brief in der Anlage zur Information mit).

Darüber hinaus fordern die Kollegen und Kolleginnen **die Einsetzung eines Kontrollausschusses**: „Schon in der Vergangenheit wurden immer wieder Versprechungen seitens des Vorstandes der Bahn AG und der Geschäftsführung der Berliner S-Bahn gemacht, die dann nicht umgesetzt oder nur mangelhaft durchgeführt wurden. Um das in der Zukunft zu verhindern, schlagen wir die Einsetzung eines Kontrollausschusses vor, der die Durchführung der Planungen überprüft:

Er soll sich zusammensetzen aus Vertretern des Verkehrsausschusses des Bundestages; der Verkehrsausschüsse der Länder Berlin und Brandenburg; der Gewerkschaften; des Betriebsrats, sowie aus Technikern und Kollegen und Kolleginnen des S-Bahn-Betriebs vor Ort.

Die Geschäftsführung der S-Bahn GmbH und Vertreter der Deutschen Bahn AG sind diesem Ausschuss Auskunft- und Rechenschaftspflichtig.“

Die Kollegen und Kolleginnen der S-Bahn wenden sich mit ihrem Appell an die Abgeordneten des Bundestages:

„Berlin und angrenzende Landkreise Brandenburgs haben ein Recht auf eine funktionierende S-Bahn!

- Die Bürgerinnen und Bürger dieser Region haben das Recht auf Mobilität!
- Die Auslieferung der Beschäftigten an die unerträglichen und gesundheitsschädigenden Arbeitsbedingungen muss beendet werden!

Die politischen Entscheidungen dafür haben Sie als Abgeordnete zu treffen.

Die Bundesregierung hat die Verantwortung, Ihre Entscheidungen umzusetzen.

Die Deutsche Bahn AG hat den entsprechenden Maßnahmen nachzukommen.“

Liebe Genossen und Genossinnen,

ist es in dieser Situation nicht eine vorrangige Aufgabe der SPD-Fraktion, von der Regierung Merkel ein **Sofortprogramm** zur „Wiederherstellung der Berliner S-Bahn und der Garantie eines planmäßigen Verkehrs“ zu fordern und die **Einsetzung eines Kontrollausschusses** zu unterstützen?

Wir wenden uns an Euch, da Euch als Abgeordnete der Landesgruppe Berlin in dieser Frage eine besondere Verantwortung zukommt: ergreift in diesem Sinne eine Initiative in der SPD-Bundestagsfraktion für ein solches Sofortprogramm der schwarz-gelben Regierung und für die Einsetzung eines Kontrollausschusses.

Wir würden gern in einem gemeinsamen Gespräch mit Euch darüber diskutieren, welche weiteren Initiativen zur Wiederaufrichtung der S-Bahn wir als Sozialdemokraten ergreifen können.

Mit solidarischen Grüßen

Gotthard Krupp (SPD- Charlottenburg-Wilmersdorf, Mitglied des AfA-Landesvorstands); Jürgen Müller (SPD – Tempelhof-Schöneberg, Mitglied im AGS-Vorstand); Olaf Timmermann (SPD – Steglitz-Zehlendorf); Volker Prasuhn (SPD – Tempelhof-Schöneberg, Mitglied des AfA-Landesvorstands); Helmut Kynast (SPD- Charlottenburg-Wilmersdorf); Carmen Gellrich (SPD- Charlottenburg-Wilmersdorf); Ute Grahl (SPD – Tempelhof-Schöneberg); Gerlinde Schermer (SPD – Friedrichshain-Kreuzberg); Bernd Kursawe (SPD - Charlottenburg-Wilmersdorf); Christian Hass (SPD – Spandau; AfA-Landesvorsitzender)

Kontakt: Gotthard Krupp; Knesebeckstr.98; 10623 Berlin; T: 31 31 659; H: 0170-2474293; Gotthardkrupp@t-online.de